

Redebeitrag für die Demo am Sa., 22.2.25, in Heidelberg, 14 – 16.15h

Von Renate Wanie, Heidelberger Friedensratschlag, Delegierte im Friedensbündnis HD

Themen: zur US-Raketenstationierung, aus dem Bundestagswahlprogramm, Forderungen an die Kandidierenden, Appelle an die sozialen Bewegungen/die Friedensbewegung.

„Es war ein sicherheitspolitischer Paukenschlag allererster Güte: In mickrigen 3 Sätzen gaben die USA und Deutschland im Juli letzten Jahres bekannt, ab 2026 diverse Mittelstreckensysteme hierzulande stationieren zu wollen.“ (IMI, Friedensschaffen mit Angriffswaffen, S.4)

Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges sollen in Deutschland wieder US-Raketen stationiert werden, die Russland treffen könnten. Dieser Tabubruch hat einen gefährlichen neuen Rüstungswettlauf eingeläutet. Ein Tabubruch der keine Sicherheit, sondern kommende Katastrophen vorbereitet.

Deshalb: ***Kriegstüchtigkeit – nicht mit uns!***

Die wenig überzeugende Begründung: Es gelte eine Fähigkeitslücke gegenüber den russischen Waffen zu schließen. Doch - eine Fähigkeitslücke besteht nicht! Denn in Europa stehen bereits entsprechende luft- und seegestützte Systeme!

Soll es vielleicht darum gehen, einen Überraschungsangriff tief im russischen Raum durchzuführen zu können? Entwaffnend offen sprach beispielsweise **Claudia Major** von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik davon - ich zitiere: *„Die Tomahawks sollen bis zu 2500 km weit fliegen können, könnten also Ziele in Russland treffen.“* Und Claudia Major weiter: *„Im Ernstfall müssen NATO-Staaten auch selbst angreifen können.“* - Etwa um russische Militärziele und Kommandozentralen zu zerstören, bevor diese NATO-Gebiete angreifen können?

Diese neuen Angriffsoptionen bergen beträchtliche Risiken: **Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland verändert die strategische Balance zwischen NATO und Russland erheblich!**

Deshalb unser Motto heute: Kriegstüchtig – nicht mit uns!

Unklar ist, ob die Initiative zur Stationierung der Waffensysteme von der deutschen oder der US-amerikanischen Regierung ausging. **Die Bundesregierung verweigert** darüber die **Auskunft**. Im Gegensatz zur Nachrüstungsdebatte der 1980er Jahre ist nicht einmal vorgesehen, dass der Bundestag der Stationierung zustimmen soll.

Klar ist: Alles erfolgte bisher ohne vorherige parlamentarische oder gar öffentliche Debatte! Der Appell von Verteidigungsminister Pistorius könnte eindeutiger nicht sein, Zitat: **„Wir müssen kriegstüchtig werden!“**

->> Doch wir - die Friedensbewegung - sagen: Kriegstüchtigkeit nicht mit uns!

Aus dem Bundestagswahlprogramm der Parteien

Wir demonstrieren heute in Heidelberg einen Tag vor der Bundestagswahl. Sie ist die erste Wahl nach dem Beginn des Russland-Ukraine-Krieges und der sogenannten militärpolitischen »Zeitenwende« der Ampel-Koalition und der CDU/CSU.

Werfen wir vor diesem Hintergrund einen Blick auf die außen- und verteidigungspolitischen Abschnitte der Wahlprogramme der Parteien. Dabei orientiere ich mich an der Analyse des „Komitee für Grundrechte und Demokratie“:

-> „**Die früheren Ampel-Parteien sowie die Union sind sich, gemeinsam mit der AfD, darin einig, dass Deutschland angesichts der globalen Lage massiv in Rüstung investieren müsse**“.

Z.B. wünscht sich die CDU eine „verteidigungsbereite und kampffähige Bundeswehr“, die einen zentralen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO leistet. Die SPD will eine „nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr“. Die FDP ihre „bessere Finanzierung und Ausstattung“, die Bundeswehr soll zur „stärksten konventionellen Streitkraft in Europa werden“. Es herrscht also ein Konsens unter diesen Parteien.

In Bezug auf das 2%-Ziel der NATO unterscheiden sich die genannten 4 Parteien lediglich darin, dass sie dieses Ziel überschreiten wollen. Die Grünen gehen am weitesten und fordern dauerhaft 3,5% des BIP für Militär und Rüstung auszugeben. Mittlerweile sind 5% in der öffentlichen Diskussion – **Die weitere Aufrüstung für die kommenden Jahre scheint gesetzt!**

Einig sind sich die wahrscheinlichen Regierungsparteien: **Das Projekt der „Bundeswehr vergrößern**, durch Wehrerfassung, Reserveausbau und Wehrdienst oder Wehrpflicht.

-> **Alle diese Parteien wollen eine Wehrerfassung der Bevölkerung etablieren**. Mit den Worten der FDP: „Es wird eine nationale Datenbank zur Erfassung wehrfähiger Männer und Frauen eingerichtet“, die für den Kriegsdienst eingezogen werden könnten.

Uneinig sind sich diese Parteien noch in der Frage von Zwangsdiensten. Allein die AfD und die CDU/CSU sprechen sich für eine zwangsweise Wehrpflicht aus.

->SPD, Grüne und FDP genauso wie BSW und Linke positionieren sich derzeit gegen eine Wehrpflicht als Zwangspflicht.

Wir aber bleiben dabei: Kriegstüchtig – nicht mit uns!

Zur Anerkennung und Präsenz des Militärischen in der Gesellschaft.

Grundsätzliche Einigkeit besteht zwischen CDU/CSU und SPD, sowie verschärft mit der AfD, darin, dass Bundeswehr-Soldat:innen und generell das Militärische in der Gesellschaft mehr Anerkennung und Sichtbarkeit erhalten müsse. Von den Grünen und der FDP wird dies nicht erwähnt.

Die CDU/CSU möchte Soldat:innen mehr wertschätzend stärker im öffentlichen Leben verankern, etwa durch öffentliche Gelöbnisse und z.B. Jugendoffiziere in den Schulen (was in

Baden-Württemberg bereits geschieht, ich arbeite mit in der Kampagne „*Schulfrei für die Bundeswehr! – Lernen für den Frieden!*“ BaWü wird derzeit flächendeckend von insgesamt elf Jugendoffizier:innen betreut).

Die AfD will soldatische Haltung und Tugenden. Das heißt für sie „Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit“ sowie militärisches Brauchtum in der Öffentlichkeit manifestieren.

Zur Unterstützung der Ukraine

Die ehemaligen Ampel-Parteien sowie die CDU/CSU sind sich darin einig, die militärische Unterstützung der ukrainischen Regierung ungebremst fortzusetzen. Aus unterschiedlichen Gründen lehnen Linke, BSW und AfD eine fortgesetzte Unterstützung der Ukraine ab. Grundsätzliche Einigkeit herrscht anscheinend zwischen den Parteien der ehemaligen Ampel-Regierung und der CDU/CSU in der Frage, dass 2026 die geplante Stationierung der US-Mittelstreckenraketen umgesetzt werden soll. Die Linke, BSW und AfD hingegen lehnen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ab.

Zum Ausstieg aus der Abschreckungspolitik: „Die unheilvolle Verbindung von ökonomischen Interessen des militärisch-industriellen Komplexes sowie die geostrategischen Interessen und das autoritäre Profilierungsgehebe der (meist männlichen) Politiker führt zu einer fortwährenden Verschärfung der globalen Sicherheitslage!

Doch bei einem nuklearen Inferno sind alle Verlierer – auch die Milliardäre, die Ideologen und die Kriegsherren aus allen Seiten.“ (Moegling)

Denn die in der letzten Testphase befindlichen US-Hyperschallraketen sind mit konventionellen Sprengköpfen bestückt, könnten aber auch – im Sinne von „dual use“- mit nuklearen Sprengköpfen umgerüstet werden. Die NATO dementiert dies zwar – aber wie glaubhaft ist dies in einem eskalierenden Konflikt – zumal die russ. Raketen nach russ. Angaben nuklear bestückbar sind.

Die Friedensbewegung fordert

...von der Bundesregierung:

1. ein Veto gegen die zukünftige Stationierung von Hyperschallraketen sowie ein Eintreten für die Wiederbelebung bzw. Weiterentwicklung von Verträgen zur nuklearen Abrüstung sowie die Unterzeichnung des bereits gültigen Atomwaffenverbotsvertrags (AVV), der dann auch die nukleare Teilhabe Deutschlands beenden würde.
2. Dialog statt Aufrüstung: Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung, z.B. für ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag!
3. Aufnahme von Verhandlungen über multilaterale Rüstungskontrolle für eine neue Friedensordnung in Europa.
4. Keine Wehr- und allgemeine Dienstpflicht! – Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer!

...von den Kandidierenden für die Bundestagswahl:

*Setzen Sie sich für den Abzug, beziehungsweise die Abrüstung aller Atomwaffen in Deutschland und der EU und den Beitritt aller Mitgliedsstaaten zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ein!

*Treten Sie ein für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung sowie für den Aufbau einer neuen Friedensordnung und für friedliche Koexistenz.

Und als Letztes:

Mein Appell an die Sozialen Bewegungen wie die Friedensbewegung:

-> Schließt Euch der **Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“** an, um sich mit bundesweiten Protesten gegen die geplante Stationierung der US-Marschflugkörper, Hyperschallwaffen und Raketen in Deutschland bündeln. Bereits 40 Gruppen haben sich angeschlossen. www.friedensfaehig.de

-> Unterschreibt den **Berliner Appell gegen Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt!** (Bisher 7095 Unterschriften) <https://nie-wieder-krieg.org/>

-> Praktiziert **Aktionen Zivilen Ungehorsams** gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen im Jahr 2026 ! **Geht auf die Straße!**

-> Mobilisiert antimilitaristischen und friedenspolitischen Widerstand, auch gegen die Pläne, die Aufrüstungskosten auf die breite Bevölkerung abzuwälzen!

Wir - die Friedensbewegung - stehen weiterhin für anti-militaristische Kritik und für Konzepte der zivilen politischen Konfliktbearbeitung!

Deshalb: **“Kriegstüchtig, nicht mit uns!“** - ist und bleibt das Motto der Demo heute in Heidelberg und der Friedensbewegung bundesweit!!